

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen

Anhörung der Enquete-Kommission „Demographie“ (Vorsitz Herr Carius, CDU) zum Thema

„Auswirkungen der demographischen Entwicklung und entstehende Handlungsfelder der Politik“, am 16.11.2006, 10 Uhr im Thüringer Landtag

1. Welche Auswirkungen hat die demographische Entwicklung auf Ihren Verband bzw. Ihre Interessenvertretung?

Die soziale und politische Entwicklung des 20. Jahrhunderts (Stichworte: Säkularisation im Zuge der Industrialisierung; zwei Weltkriege; Kirchenfeindliche Politik der NS- und der SED-Diktatur; Abwanderung der Mittelschicht zwischen 1945 und 1961 aus der SBZ/DDR = d.h. der aktiven kirchlichen Laien und Multiplikatoren, ca. 4 Mio!) hat die Rolle und den Mitgliederbestand der (evangelischen) Kirche in der ehemaligen DDR (und damit auch in Thüringen) dramatisch verändert.

Gehörten 1946 ca. 82 % der Thüringer Bevölkerung der evangelischen Kirche an, so sind es heute noch ca. 27 %; das sind für das Jahr 2005 etwa 454.000 Getaufte (Kinder und Erwachsene) von 2.372.000 Thüringern. Damit ist die ev. Kirche allerdings noch immer mit Abstand die mitgliederstärkste (auf Freiwilligkeit basierende) Landesorganisation. (Sportverein Thüringen, ohne Erfurt, Kyffhäuser, Sömmerda und Suhl: ca. 200.000). Gemeinsam mit dem Diakonischen Werk (12.000) gehört die ev. Kirche mit etwa 13.000 Beschäftigten zu den größten Arbeitgebern im Lande.

Die Folgen der demographischen Entwicklung kommen nun allerdings zu den genannten Folgen der Entwicklung im 20. Jahrhundert hinzu, teilweise verschärfend, teilweise auch leicht mildernd. Um dies an einigen Zahlen für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen (ohne KPS) zu verdeutlichen:

- a) Das Hauptproblem sind nicht die Kirchenaustritte; diese sind seit 1990/91 (ca. 6 %) erheblich zurück gegangen und haben sich seit 1999 bei ca. 0,6 %, in 2005 bei 0,4 % eingeepegelt; die Taufzahlen (2005: ca. 3.600) und Wiedereintritte (2005: ca. 700) liegen deutlich über den Austritten (2005: ca. 1.500).
- b) Auch die Abwanderungen wirken sich für die ev. Kirche nicht ganz so gravierend aus wie für andere Bereiche; die Summen der (evangelischen) Wegzüge und die der Zuzüge sind etwa gleich (seit 1998 etwa zwischen 12 und 18.000; 2004: 14.800 Zuzüge; 14.600 Wegzüge); etwas verallgemeinernd formuliert: Junge Thüringerinnen (!) und Thüringer gehen als Heiden weg und kommen in Württemberg und Bayern als Christen an; die zu uns kommenden Menschen aus anderen Bundesländern „haben zumeist Arbeit und Religion“ und engagieren sich nicht selten in den Kirchengemeinden.

- c) Das Hauptproblem stellt die Überalterung und die hohe Sterberate dar (ca. 4.300 Taufen und Wiedereintritten stehen ca. 6.000 Sterbefälle gegenüber).

Alle Zahlen zusammen genommen, verliert die ELKTh derzeit p.a. ca. 10.000 Mitglieder. Dass dies erhebliche Folgen für die Finanzentwicklung der Kirche hat, liegt auf der Hand. Das Kollegium der Föderation der Ev. Kirchen in Mitteldeutschland (EKM) hat 2005 (mit Hilfe der Fachhochschule Jena) eine Studie zu den „Determinanten und Prognosen des Kirchensteueraufkommens ... nach Geburtsjahrgängen bis 2020“ in Auftrag gegeben. Je nach Betrachtungsart („Basisszenario=alle Einflussfaktoren außer Bevölkerungsentwicklung konstant“ oder „Säkularisierungsszenario =Fortschreiben des aktuellen Rückgangs“) verliert die ELKTh 2020 (im Vergleich zu 2002) zwischen 18 % bis 45 % ihrer Kirchensteuereinnahmen.

Das im Juli 2006 vom Rat der EKD veröffentlichte Impuls-Papier („Kirche der Freiheit - Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert“,) fasst diese Entwicklung folgendermaßen zusammen:

Bei Fortschreiben des Trends bis 2030 würde dies in den östlichen Landeskirchen „zu einem Absinken der Mitgliederzahl auf 57 % des heutigen Standes“ führen. Das Mitgliedsalter wird voraussichtlich von heute durchschnittlich 40 auf 55 Jahren ansteigen. Hinsichtlich der Finanzentwicklung hieße das: „Bei sinkender Mitgliederzahl um etwa ein Drittel (bundesweit) geht die finanzielle Leistungsfähigkeit nahezu um die Hälfte zurück.“ (S. 22) (Mit Blick auf den von Bischof Noack gelegentlich appostrophierten „Stein-Reichtum“ der Kirche ist zu sagen: „[Es] ergibt sich [auch auf dem Feld kirchlicher Gebäude, d.V.] eine besonders schwierige Lage für die östlichen Gliedkirchen [insbesondere Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt]: Stehen doch auf diesem Gebiet bei knapp 8 % der Mitglieder [gemessen an der Mitgliederzahl der EKD, d.V.] 40 % aller evangelischen Kirchen.“ (S. 25)

„Gewaltige strukturelle Veränderungen für alle (Beschäftigte und Mitglieder) und eine wachsende Uneinheitlichkeit des kirchlichen Lebens zwischen verschiedenen Regionen sind die Folge.“ Die EKD-Studie warnt vor „einer erheblichen Ausdünnung des ländlichen Raumes zugunsten der ...Ballungsräume (München, Nürnberg, Stuttgart, Rhein-Main-Gebiet).“ (S. 22)

2. Welche Anpassungsstrategien sind vorgesehen, um dem Bevölkerungsrückgang zu begegnen?

Die ELKTh und die KPS habe seit Mitte der 90er Jahre jeweils verschiedene Anstrengungen unternommen, um dieser Entwicklung entschlossen und mit Augenmaß zu begegnen. Dazu gehörten und gehören in der Regel drei Schritte: 1. nüchterne Analyse der Situation 2. entschiedenes Gegensteuern durch Haushaltsdisziplin 3. Entwerfen und Organisieren von nachhaltigen missionarischen Maßnahmen zu einem „Wachsen gegen den Trend“.

1. zur Analyse habe ich bereits auf die Studie zur Entwicklung der Kirchensteuereinnahmen und auf das EKD-Impulspapier hingewiesen, die auf die permanent erhobenen statistischen Daten und auf andere Untersuchungen in den Kirchengebietskörperschaften und dem Kirchenamt zurückgreifen.

2. erfolgte in der ELKTh 1998/99 eine radikale Konsolidierung des Haushaltes (d.m.: Absenkung der Pfarrgehälter; erhebliche Pfarrstellenreduzierungen; Kürzungen in allen Bereichen kirchlicher Arbeit zwischen 30 und 50 %; Budgetierung und beschränkte wirtschaftliche Eigenverantwortung von einzelnen Arbeitsbereichen etc.).

Der 1999 begonnene Prozess des Zusammengehens zweier Landeskirchen wurde mit der Bildung der „Föderation Ev. Kirchen in Mitteldeutschland“ am 1. Juli 2004 bekräftigt. Dieser Prozess (der sich zur Zeit in einer spannenden und spannungsvollen Phase befindet...) formuliert weitere Einsparziele im so genannten übergemeindlichen Bereich (Verwaltung; Tagungshäuser; Zielgruppen-Arbeit im gesamten Bereich der Föderation: Sonderseelsorge, Erwachsenenbildung, Verbandsarbeit bei Kinder- und Jugend etc.) bis 2012 um 35% (auf der Basis Personal 2005, ca. 7 Mio für den Bereich der Föderation).

Weiterhin ist eine regelmäßige Pfarrstellenanpassung unumgänglich, die transparent und unaufgeregt in 5-Jahres-Schritten vorgenommen werden soll (nächste Schritt zum 1.1.2008 insgesamt 38 Stellen im Verkündigungsdienst; davon 21 Pfarrstellen); bis zum 31.12.2012 sind (gemäß Orientierungsrahmen der Landessynode) voraussichtlich weitere 10 % aller Stellen einzusparen.

3. Sparen allein hilft nicht weiter. Abgesehen davon, widerspricht die damit verbundene Dynamik der biblischen Botschaft und dem evangelischen Selbstverständnis (Nicht: „Sparen um jeden Preis“, sondern: „Seid fruchtbar und mehret euch!“ oder „Gehet hin in alle Welt!“).

So hatte eine von der Synode eingesetzte Perspektivkommission bereits 1999 unter der Überschrift „Zur zukünftigen Gestalt der Kirche. Handlungsfelder auf dem Weg zu einer beteiligungsoffenen Gemeindegemeinschaft“ beschrieben. Daneben gibt es zahlreiche Ideen und Projekte, die auf unterschiedlichen Ebenen ihre kirchliche Arbeit darauf ausrichten, dem Negativ-Trend entgegen zu wirken („Kirche bildet“; „Mit Familien Zukunft gewinnen“; „Jugend gewinnen“, gemeinsam mit Fachhochschule Jena; Konfirmanden-Arbeit; Hochschularbeit, Vernetzung von Ev. Akademie und Hochschulen; Erwachsenenbildung; Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, „Wieder-Eintrittskampagne“, etc.).

Kirchliche und diakonische Arbeit sind dann sichtbar und erfolgreich, wo sie Menschen aller Altersgruppen mit den biblischen Quellen der Weisheit und des Lebens in Berührung bringen. Den „geistigen und geistlichen Grundwasserspiegel zu heben“ (Bischof Wanke) - das ist der Beitrag der Kirchen zur Beendigung einer

„Kultur der schlechten Laune“ und zur Entwicklung einer lebendigen und solidarischen Bürgergesellschaft. Eine verständliche Verkündigung des Evangeliums, die rituelle und seelsorgerliche Begleitung von Menschen durch die Höhen und Tiefen des Lebensweges und die tätige Nächstenliebe gehören untrennbar zusammen. Die Erwartungen sind hoch, die Chancen in einem weitgehend entkirchlichten, aber zunehmend religiös-neugierigen Umfeld ebenso.

(siehe TLZ, vom 31.10.2006, Titelseite: „Eine große Mehrheit der Deutschen wünscht sich einer repräsentativen Umfrage zufolge von den Kirchen vor allem einen besonderen Einsatz für soziale Belange. Für 80 % stehen das kirchliche Gemeinschaftsleben oder die Verbreitung von Religion und Glauben [...] weiter hinten. [...] In Ostdeutschland gaben 35 % der Befragten an, eine religiöse Erziehung sei >sehr wichtig< oder >ziemlich wichtig<. 29 % bezeichneten sie als >unwichtig<.“; FAZ, vom 14.11.2006 „Bei welchen Berufs- und Personengruppen würden Sie alles in allem darauf vertrauen, daß sie die Wahrheit sagen?“ - hoher Vertrauensbonus kirchlicher Mitarbeiter, insb. Pfarrer und Geistliche: 48 %, nach den Ärzten 51 %, an zweiter Stelle; am Ende der Skala: Journalisten 6 %, Gewerkschafts-funktionäre 4 %, Regierungsmitglieder 3 %, Politiker und Unternehmer 2 %).

Weitere Überlegungen und Maßnahmen der ev. Kirche - auch im Zusammenhang des Föderationsprozesses der beiden Landeskirchen - zielen darauf ab, die kirchliche Arbeit vor Ort und in den Regionen zu stärken. Dazu zählen u.a. Maßnahmen zur Förderung der Kooperation von kirchgemeindlicher und diakonischer Arbeit in Dörfern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und Städten; die Neuordnung der Verwaltung der so genannten „Mittleren Ebene“ oder auch Anregungen zu einer besseren Planung kirchlicher Arbeit durch „8 Fragen“.

Die Zukunft wird davon abhängen, ob und wie intensiv es gelingt, die verschiedenen „Akteure des Gemeinwesens“ vor Ort zu einer intensiven Zusammenarbeit zu bewegen. Im Alleingang werden die Probleme von keinem mehr zu lösen sein. Es braucht also ein allseitiges Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und die fröhliche Bereitschaft, Grenzen zu überschreiten. Dies gilt für kirchliche Mitarbeiter ebenso wie für kommunale; für Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und Professionen. (Die Fragen 4 und 5 der „8 Fragen“ - „Wer sind unsere >natürlichen< (kirchlichen und außerkirchlichen!) Partner auf den verschiedenen Ebenen?! Bspw. Landkreis, Kommunen, Verbände, Vereine etc.; Wie steht es um die Zusammenarbeit mit den Schulen, Kindertagesstätten, Einrichtungen der Jugendhilfe und anderen sozialen, kulturellen Einrichtungen...“).

Hinderlich für das Zusammenwirken der Akteure des Gemeinwesen vor Ort ist eine Vertiefung der Gräben zwischen Stadt und Land. Hier braucht es eine Raum- und Regionalplanung, die möglichst ideologie- und vorurteilsfrei das Wohl der Menschen (gleichgültig ob „Dörfler“ oder „Städter“) konsequent im Blick behält.

Die AG Demographie der EKM hat 2005 als „Votum der Vertreter evangelischer Kirchen in den Planungsbeiräten in Thüringen“ **„Leitvorstellungen für eine lebensfreundliche Entwicklung unterschiedlicher Regionen“** erarbeitet. Dort heißt es u.a. „Die planungsleitende Frage sollte sein: Was macht die jeweilige Region unverwechselbar? Was sind regionale Besonderheiten?“

3. Welche Empfehlungen für politische Handlungsfelder sehen Sie? Teilen Sie die Auffassung der Landesregierung im „Demographiebericht Thüringen“?

Die EKM begrüßt den „Demographiebericht Thüringen“ als eine gute Diskussionsgrundlage, da er zu einem zwingend notwendigen Problembewußtsein anregt und Handlungsorientierungen anbietet. Überall dort, wo er dazu beiträgt, dass die o.g. Zusammenarbeit der Akteure des Gemeinwesens befördert wird, verdient er besondere Aufmerksamkeit und Formen einer konsequenten Weiterentwicklung.

Hinsichtlich der erfragten politischen Handlungsfelder kann ich mich auf das eben erwähnte Papier der AG Demographie der EKM beziehen. Dort heißt es:

1. Das Problem und die Gefahren

Die gegenwärtige Entwicklung der Regionen ist durch eine zu beobachtende Polarisierung gekennzeichnet. Es gibt:

1. Regionen mit einem relativ starken Wirtschaftswachstum
2. strukturschwache Regionen (weniger Wirtschaftswachstum, weniger junge Familien, Überalterung der Bevölkerung).

Eine einseitige Förderung von besonderen „Leuchtturmregionen“ könnte zu einer Verkümmerng und gefährlichen sozialen Destabilisierung der ökonomisch schwächeren Regionen führen. Eine solche Verkümmerng oder Destabilisierung sollte durch eine Landes- und Regionalplanung, die a) über die vorrangig wirtschaftliche Förderung hinausgeht und b) neben der Förderung von Wachstumskernen auch das strukturschwächere Umfeld nicht aus dem Blick verliert, eingedämmt werden.

2. Leitvorstellung

Wir plädieren dafür, die weniger ökonomischen, aber ebenso wichtigen „weichen“ Faktoren einer soziokulturellen und lebensfreundlichen Entwicklung der Regionen im Blick zu nehmen und in das politische Handeln einzubeziehen.

Das bedeutet, die Besonderheiten und kreativen Potentialie in geschichtlich-kulturellen, kirchlich-religiösen, landschaftlichen, landwirtschaftlichen, kleinwirtschaftlichen,

ökologischen und sozialen Bereichen zu fördern¹. Die planungsleitende Frage sollte sein:

Was macht die jeweilige Region unverwechselbar? Was sind regionale Besonderheiten?

Diese Förderung ist ganzheitlich zu verstehen als:

- ideelle Förderung (Stärkung und Anregung von Ideen und Initiativen)
- personelle Förderung (Ermutigung, Qualifizierung und Einsatz befähigter Personen)
- finanzielle Förderung².

Gelingt es, die jeweils besonderen soziokulturellen Faktoren einer Region zu entwickeln, wird das auch zu einer lebenswerten ökonomischen und positiven demographischen Entwicklung in diesen Regionen führen.

3. Konkretionen

Mögliche Konkretionen liegen auf etwa folgenden Gebieten:

- Pflege und Neuerschließung landschaftlicher, geschichtlicher und kultureller Besonderheiten für den Tourismus und natürlich auch für die ansässige Bevölkerung
- Entwicklung und Förderung der klein- und mittelständigen Betriebe
- Belebung und Vernetzung eines kleinräumigen, auch subsistenten Wirtschaftens durch Projekte wie „Region aktiv“, regionale Erzeuger- und Vermarktungsbörsen
- Förderung von alternativen Produktions- und Arbeitsweisen z.B. verkürzte und flexible Regelarbeitszeiten, Job-Sharing u.ä. besonders für Frauen und Männer mit Kindern, Altersteilzeiten über die Rentenaltersgrenze hinaus u.ä.
- Förderung experimenteller Projekte wie z.B. „Zentren Neuer Arbeit“
- Förderung einer multifunktionalen und ökologischen Landwirtschaft
- Anregung und Förderung von „Nischenprojekten“
- Förderung von wohnortnahen Kindergärten, Schulen mit Ganztagsbetreuung unter aktiver Beteiligung der Eltern
- Förderung der regionalen Infrastrukturen
- Belebung und Förderung der regionalen Kunst und Kultur, des Vereinswesens und sonstiger regionaler Initiativgruppen

4. Zur Vorgehensweise

Um diese Möglichkeiten zu entwickeln, sind folgende Schritte empfehlenswert:

- Es werden schon vorhandene Initiativen aufgenommen, gestärkt und vernetzt und neue Eigeninitiativen gefördert.
- Es werden nach dem Modell der „Lokalen Agenda 21“ Vertreter der Wirtschaft, des Einzelhandels, der Kultur, der Kirchen,

¹ Entsprechend der Erkenntnisse der Systemtheorie, nach denen kleine, dezentrale, pluriforme, aber gut vernetzte Systeme stabiler und zukunftsfähiger sind als übergroße, zentralistische und monopolistische Systeme.

² Die finanzielle Förderung wird im Umfang wesentlich geringer sein können als die Förderung wirtschaftlicher Großprojekte, darf aber auf keinen Fall außer acht gelassen werden.

der verschiedenen Verbände, Einzelengagierte und der kommunalen Verwaltung in der Arbeitsweise eines „Runden Tisches“ zusammengeführt, um hier Bestandsaufnahme, Perspektiven und Schwerpunkte der Regionalentwicklung zu erarbeiten.

- Es wird durch die Medien und durch gezieltes Ansprechen ein breiter öffentlicher Diskurs zur Regionalentwicklung in Gang gebracht.
- Ein überregionaler Austausch, überregionale Vernetzung und mögliche Partnerbeziehungen zu vergleichbaren Initiativen und Projekten in anderen Regionen wird angestrebt.
- Kirchgemeinden und Initiativen auf der Ebene der Kirchenkreise werden als Kommunikations-, Motivations- und Aktionsfelder einbezogen.
- Es wird ein ständiges Curriculum zwischen den Akteuren vor Ort, den Planungsgemeinschaften und der Landesregierung realisiert.

Vergleichbare Maßnahmen in anderen Regionen Deutschlands lassen erkennen, dass bisherige oder potentielle „strukturschwache Regionen“ attraktive Lebens- und Arbeitsstätten vieler, auch junger Menschen, werden können. Zugleich können sich hier Erfahrungsräume und exemplarische Modelle für eine sozial, ökologisch und kulturell nachhaltige, die Bürger aktivierende und einbeziehende Zivilgesellschaft entwickeln.

Dr. Thomas A. Seidel, Kirchenrat